

Volks-Zeitung

Verantwortl. Redakteur: Otto Rühle, Berlin-Steglitz

Letzte Kleinhandelspreise der Berliner Zentralmarkthalle

Druck und Verlag: Rudolf Wolff, Berlin

rot. 500	markenlos 1750	Wasser ohne	400
rot. 1000	500	3-Mark-Stückel	85000
Zuckers. Pflanzl.	750-1000	Goldsilbergeld	509.400
Briketts Zitr. 7225	Koks 12725	Schmelzwerk für Bücher	2000	
Strom Licht und Kraft	1200	Indus. für Aerzte, Berlin	2400	
Gas ohne	700	für Aerzte im R. l. ch.	2400	

Schellfisch	800-2000 M.	Kabeljau	900	
bis 1800 M.	Seelachs	900-1200 M.		
Dorsch	600-700 M.	Rotbars	1400 bis	
1800 M.	Reisungen	1700-1900 M.	erlos	
Aale	9000-1000 M.	Karpfen	2500-3500 M.	
		Dutter	7000-9200 M.	

Strassenbahn	250	1. Instanz	250	
Rochs. II.	200, 225, III.	150, 200		
Stadtbahn	II. 320, III. 160		
Omnibus Teil 250	ganze Str.	300		
Brookliner	Kr. x 3000, Pl. x 2000			
Teleph.	22000	Gravir.	30, Aut. 63	

Schnelldienst

Das amerikanische Staats-Departement hat die amerikanische Botschaft in Berlin angewiesen, der Regierung mitzuteilen, daß sie ernstlich hoffe, daß das Leben der beiden nun Tode verurteilten hohen Geistlichen geklärt werden könnte.

Das mit der Regelung der Befugnisse für die amerikanische Botschaft beauftragte Komitee hielt gestern eine Besprechung ab, um die Befugnisse eines endgültigen Vorkommens auszuordnen.

Unter Honorar Louis Vorhies wurden gestern die Besprechungen der Amerikaner zu den ständigen Friedensverhandlungen fortgesetzt.

Der Völkerbundsrat wird am 16. April in Genf zusammentreten.

Die sozialistischen Gruppen der französischen Kammer werden zu der morgigen Debatte über die Justizreform eine größere Anzahl Redner vorführen.

Dollar: 20975

Um den Rhein

Der Entmilitarisierungsplan

Eines der Hauptargumente der französischen Politik bei der Auseinandersetzung mit England bildet stets der Hinweis, daß Frankreichs Ohrgrenze nicht genügend gesichert sei und unzulänglicher Sicherungen bedürfe gegen einen etwaigen deutschen Überfall. Das klingt einigemmaßen absurd; denn Frankreich ist heute, und dürfte es auf lange Zeit hinaus bleiben, die herrschende kontinentale Militärmacht, während der deutsche Militarismus als letzte Resten nur noch die „Stimmhaufen“ rechtsrheinischer Wälder behauptet und durch Stimmhaufen ersetzt wurde, was ihm faktisch ein Kraft und Möglichkeit fehlt. Dennoch tut man gut daran, das französische Argument nicht einfach zu ignorieren. Denn mag es sich hier auch um völlig aus dem Rationalen steigende Zuführlinien handeln, stärker als Tatsächlichens noch, stärker als ökonomische Interessen stellt ihnen im Völkerleben Wahrheiten vor, die sich nicht ohne weiteres widerlegen lassen. Es kommt also nicht so sehr darauf an, festzustellen oder zu widerlegen, ob Deutschland für das Frankreich von morgen wirklich eine Bedrohung darstellt, als vielmehr zu erkennen, wie lebhaft dieser Glaube weite Schichten des französischen Volkes beindruckt und der Politik der gegenwärtigen Regierung sein Signum gibt.

Es ist deshalb in Deutschland von allen vernünftigen Elementen begrüßt worden, als seinerzeit in England sowohl als auch in Frankreich die Frage eines Garantiepastes zwischen diesen beiden Mächten diskutiert wurde. Die Vorteile für uns lagen auf der Hand: wenn Frankreich von dem Abbruch der deutschen Wehrmacht befreit war, dann konnte es auch auf seine Rheinpolitik verzichten und die Truppen allmählich zurückziehen. Der Fortfall der gigantischen auswendigen Befugnisse hätte für produktivere Zwecke angewendet werden können und die Reparationspolitik erst richtig auf dem Boden der Wirklichkeit Fuß fassen lassen. Der Gedanke war zu praktisch, um verworfen zu werden. Er scheiterte in Cannes an dem Widerstand der Engländer. Der ergrimmte Poincaré zog dem festig zappenden Brand furchend das Brett unter den Füßen fort, der gelangste aller Staatsmänner suchte weg und am Quai d'Orsay etablierte sich im Januar 1922 jenes starke System, das in der Ruhrbesetzung seine traurige Reife erreicht hat.

Nun knüpft man in England, und zwar gerade in den Kreisen der beiden Liberalen Parteien, wieder an Ideen an, die durch eine konträre Entwicklung am Wege liegen geblieben schienen. Man etikettiert die Sache heute nicht mehr mit „Garantiepaß“, sondern, und vielleicht treffender, mit „Entmilitarisierung des Rheinlandes“. In diesem Sinne hat General Spears, der militärische Experte der Lloyd George-Liberalen, ein Projekt ausgearbeitet, mit „Daily Chronicle“, das führende Organ dieser Partei, spinnend den gleichen Faden in vielbeachteten Artikeln weiter. Die Zeitgedanken lassen sich dahin zusammenfassen: Deutschland muß den Beweis für seinen Verzicht auf militärische Erbinngen; es wird dann in den Völkerbund aufgenommen werden, unter Aufsicht der internationalen Rheinlandkommission, dem Völkerbund die Garantie für die Existenz anerkennen. Anstelle der zurückgenommenen französischen Truppen soll der Sicherheitsdienst entweder einer lokalen deutschen Gendarmerie unter dem Befehl englischer Offiziere oder einer internationalen Gendarmerie übertragen werden. Das alles ist einseitig natürlich noch Papier. Es läßt sich wohl mit Zug bezweifeln, ob die Regierung Poincarés, ob

Die Interventionsdebatte im Unterhaus

Die Reden Worthington Evans, Asquiths, Macdonalds, Baldwins und Mr. Neills - Asquith gegen das ohnmächtige Beiseitsetzen - Die Regierung hält die Zeit noch nicht für gekommen - Rosenbergs Rede kein Fortschritt

London, 28. März. (M. T. B.) Im Unterhaus fragte Worthington Evans, der nach Origg sprach, die Regierung, was sie zu tun gedenke. Nach seiner Ansicht sei der beste Weg, um den Argwohn zu beseitigen, der in Frankreich bezüglich der Haltung Englands entstanden sei, wenn man zeige, daß kein Grund für derartigen Argwohn bestehe. In der Reparationsfrage sei das Protokoll über die wichtige Januar-Konferenz veröffentlicht worden, weshalb jedoch sei das Protokoll über die Konferenz, die im August letzten Jahres in London stattfand, nicht veröffentlicht worden?

Als weiterer Redner lenkte Asquith die Aufmerksamkeit auf die bedeutsame Rede des Reichsministers v. Rosenbergs, die nicht die gebührende Beachtung in der britischen Presse gefunden habe. Er fragte, ob die in Rosenbergs Rede ausgedrückten Ansichten der britischen Regierung vorgelegt worden seien. Wenn dem so wäre, wann dies geschehen sei und in welcher Mitteilungform.

Jedermann wisse jedoch, daß Frankreich nicht die letzte Ansicht einer vollständigen Räumung des Ruhrgebietes als Vorbereitung für eine Erörterung der Reparationsfrage habe. Daher sei in der Rede Rosenbergs in keiner Weise irgendein Fortschritt zu erblicken.

Es sei ganz richtig, daß die englische Regierung wüßte, daß ein solcher Vorschlag höchstwahrscheinlich von der deutschen Regierung gemocht werden würde. Diese sei damals benachrichtigt worden, daß, wenn der Vorschlag nicht ein gut Teil weiter gehe als der skizzierte, die englische Regierung den Vorschlag nicht für sehr fruchtbar oder gewinnbringend für den gegenwärtigen Augenblick halte.

Bei der britischen Regierung im Besitz dieser Ansichten schon seit einiger Zeit gewesen und habe sie irgendwelche Schritte unternommen, um sich mit den anderen in Betracht kommenden Mächten zu verständigen, oder überlasse sie sich immer noch der Haltung eines ohnmächtigen, wohlwollenden Beiseitsetzens?

London, 28. März. (M. T. B.) Einige Blätter wie „Daily Chronicle“ und „Morning Post“ kommen heute in ausführlichen Berichten an hervorragender Stelle auf die Erklärungen Rosenbergs im Auswärtigen Ausschuss zurück. Die „Daily Chronicle“ schreibt, es sei Ronald Mac Neill, der nur ganz schwach die Stimme der Franzosen freundschaftlich, die „Daily Chronicle“ unter dem Titel des „Unterstreifens“ für auswärtige Angelegenheiten verhältnisse, westlichen - gewissermaßen - Wasser auf die wichtige Rede Rosenbergs zu gießen und zu erklären, was offensichtlich unrichtig sei, daß sie keinen Fortschritt darstelle. Die „Daily Chronicle“ fährt fort, die Erklärung Poincarés, daß die Forderung eines nicht erzwungen werden könne, außer als letzter Schritt, wenn die gesamte Beziehung der Reparationen erledigt sei, eine Politik, die die Verletzung des Versailles-Vertrages und die Erziehung durch eine französische Annexion bedeute. Dem könne Großbritannien niemals zustimmen. Der Widerstand Englands müsse fest sein und in nicht mißzuverstehender Weise bekräftigt werden. Wenn das geschehe, so werde man in Paris vielleicht auf politische Vorschläge hören, was man jedoch dort niemals tun werde, solange Rosen wie diejenige Mac Neills die Pariser Presse in den Stand setzten, ihre Leser zu überreden, daß eine Politik der Gewalt, die allen Angeboten für eine Regelung fast gegenüberstehe, nicht ernstlich angelehnt werde.

Wenn diese Vorschläge von Deutschland gemacht wurden und für die Erörterung freierhand so würde man nicht unglücklich zu fragen, warum die Dinge ihren gegenwärtigen Lauf nähmen, und in welcher Richtung sich zur Erzwingung weiterer Forderungen Frankreich die Unterstützung fordere und sie erweise. Sei es gegeben, am den Betrag von 600 Millionen Pfund Sterling zu erhalten, von dem jetzt jedermann wisse, daß er nicht gezahlt werden könne? Und habe die britische Regierung jemals daran gedacht, von Frankreich eine bestimmte Mitteilung jenseits dieses Punktes zu erhalten? Asquith betonte die Gefahr für die Entente und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Regierung würde erfahren können, daß die Lage nicht so ernst sei, wie sie den Anschein habe.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, es bestehe nicht die geringste Aussicht, daß das britische Parlament irgendeinen Plan der Entmilitarisierung des Rheinlandes, dem die deutsche Regierung nicht voll zustimmen werde, annehmen wird. Es sei ungeschicklich, daß der deutsche Außenminister klar seine Annahme des Vorschlags, die Reparationsfrage einem internationalen Ausschuss von Geschäftsmännern zu überweisen, ausgedrückt hat. Die Erklärung stellt, so sagt das Blatt, einen deutlichen Fortschritt gegen die früheren unbestimmten Angebote dar und muß als ein Schritt in der Richtung auf eine Regelung angesehen werden. Unter Hinweis auf die wachsende Abertrotigkeit Belgiens und Italiens und auf die Mailänder Erörterungen Japans mit Mussolini, sei ein Ereignis von erster Bedeutung liegen, sagt das liberale Blatt: Wie groß auch immer das militärische Uebergewicht Frankreichs ist, diplomatisch und moralisch ist es isoliert.

Ramsay MacDonald erklärte, die Regierung dürfe nicht getätigt, daß dieser wilde Kampf, solange weitergehe, bis die eine oder die andere Partei unterlegen sei. Seines Erachtens sollte die Regierung Frankreich in bestimmter Weise fragen, welches seine Politik sei und was es mit der Fortsetzung der Befragung zu erlangen hoffe.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, es bestehe nicht die geringste Aussicht, daß das britische Parlament irgendeinen Plan der Entmilitarisierung des Rheinlandes, dem die deutsche Regierung nicht voll zustimmen werde, annehmen wird. Es sei ungeschicklich, daß der deutsche Außenminister klar seine Annahme des Vorschlags, die Reparationsfrage einem internationalen Ausschuss von Geschäftsmännern zu überweisen, ausgedrückt hat. Die Erklärung stellt, so sagt das Blatt, einen deutlichen Fortschritt gegen die früheren unbestimmten Angebote dar und muß als ein Schritt in der Richtung auf eine Regelung angesehen werden. Unter Hinweis auf die wachsende Abertrotigkeit Belgiens und Italiens und auf die Mailänder Erörterungen Japans mit Mussolini, sei ein Ereignis von erster Bedeutung liegen, sagt das liberale Blatt: Wie groß auch immer das militärische Uebergewicht Frankreichs ist, diplomatisch und moralisch ist es isoliert.

Eine Vermittlung werde von beiden Parteien erst im richtigen Augenblick begrüßt und werde dann dazu beitragen, eine Verständigung herbeizuführen.

Die „Westminster Gazette“ schreibt, es bestehe nicht die geringste Aussicht, daß das britische Parlament irgendeinen Plan der Entmilitarisierung des Rheinlandes, dem die deutsche Regierung nicht voll zustimmen werde, annehmen wird. Es sei ungeschicklich, daß der deutsche Außenminister klar seine Annahme des Vorschlags, die Reparationsfrage einem internationalen Ausschuss von Geschäftsmännern zu überweisen, ausgedrückt hat. Die Erklärung stellt, so sagt das Blatt, einen deutlichen Fortschritt gegen die früheren unbestimmten Angebote dar und muß als ein Schritt in der Richtung auf eine Regelung angesehen werden. Unter Hinweis auf die wachsende Abertrotigkeit Belgiens und Italiens und auf die Mailänder Erörterungen Japans mit Mussolini, sei ein Ereignis von erster Bedeutung liegen, sagt das liberale Blatt: Wie groß auch immer das militärische Uebergewicht Frankreichs ist, diplomatisch und moralisch ist es isoliert.

Baldwin betonte dann die Gefahr einer vorzeitigen Intervention, die den Streit nur verlängern würde, und gab seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Augenblick kommen würde, in dem die Dienste Englands gegenüber den Alliierten und Deutschland von unschätzbarem Werte sein würden. Wenn England keine Verpflichtungen mit seinen Alliierten beizubehalten, daß es ihr Vertrauen verliere und daß sie mit dem Gefühl erfüllt würden, daß England ihnen gegenüber eine feindselige Haltung einnehme, so würden alle Mittel Englands zur Ohnmacht verurteilt sein. Baldwin schloß die Regierung sei in enger Verbindung mit den Alliierten und den anderen in Betracht kommenden Ländern. Die Regierung hoffe immer noch, daß die Zeit kommen werde, wo durch irgendeine Aregung oder Intervention England einen Schritt vorwärts tun könne, um den Frieden näherzubringen. Aber die Regierung sei fest davon überzeugt, daß sie bisher den für England allein möglichen Weg verfolgt habe.

Interparlamentarischer Sekretär Mac Neill erklärte über die Rede des Reichsministers des Reichens v. Rosenbergs, der Vorschlag, daß ein Ausschuss von internationalen Wirtschaftlern den Reparationsvertrag festlegen solle, sei tatsächlich derselbe Vorschlag, den Hughes vor einigen Monaten in Amerika gemacht habe. Es sei aber eine sehr wichtige Ein-

M. T. B. bemerkt zu der Erklärung Mac Neills: Wenn der englische Interparlamentarischer Sekretär Mac Neill sich so, wie oben gemeldet, ausgesprochen haben sollte, so ist ihm entgegen, was die Reichsregierung bei ihrer Mitteilung an die fremden Regierungen, und der Reichsminister v. Rosenbergs im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags zum Vorhause des Staatssekretärs Hughes tatsächlich gesagt haben. Bei beiden Gelegenheiten ist keine Bedingung gestellt, sondern unter Hinweis auf die Wichtigkeit und Schwere des Räumungsproblems die Frage aufgeworfen worden, daß Deutschland Sicherheit dafür geschaffen werden könne, daß die über den Betrag von Versailles hinaus bestellten Gebiete geräumt und vertragsmäßige Zustände im Rheinlande wiederhergestellt werden,

der hinter ihr stehende nationale Bloß, nachdem sie sich beide in so ungeheurer Weise auf Vorfriedepolitik festgelegt haben, einen Weg beschreiten können, an dessen Ausgangspunkt das schärfste Grab aller annehmlichen Hoffnungen liegt. Man kann auch bezweifeln, ob der reichlich frohenherzige Vorkommend einer bewertigen Aufgabe gewachsen ist und dritten, ob die englische Regierung in absehbarer Zeit überhaupt beabsichtigt, ihre große Autorität für die Befriedigung des Finanzmies einzusetzen; vermutlich sind ihr die beiden Klappen noch nicht müde genug, und damit auch nicht für die Befriedigung. Aber unabhängig von diesen aktuellen Erwägungen muß doch ausgesprochen werden, daß, wenn einmal eine Lösung erfolgen soll, es nur durch ein solches oder ähnliches Arrangement geschehen kann.

Natürlich bliebe auch in diesem noch immer unünftigen Falle genug des Bitteren zu schlucken. Denn das Rheinland ist schließlich deutsches Land und nicht Allereisland. Aber

töricht wäre es, greifbarem Fortschritt mit den lauten, aber leeren Formeln nationaler Teufelskühnerei entgegenzutreten zu wollen. Gerade wer in der deutsch-französischen Verständigung ein Ziel, aus irgendetwas zu wünschen, erblickt, der muß dafür eintreten, daß von Rhein und Ruhr möglichst bald französisches Militär und französische Administration verschwinden. Denn durch die Zustände im alten und neuen okkupierten Gebiet wird eine gegenseitige Verbitterung aufgeschüttet, wird der Nationalhaß gerade dorthin getragen, wo er bisher zum Glück noch nicht vorhanden war, nämlich in die sozialistischen Arbeiterklassen. Die in nationalistischen Kreisen im allgemeinen eine erfindliche Angelegenheit ist, eine Sonntagsgeschäftigkeit der Bourgeoisie. Es ist bebauerlich, aber kann nicht bestritten werden; wenn Deutschland und Frankreich wieder einmal Geschmach aneinander finden sollen, dann dürfen sie sich wie ein paar verzante Nachbarländer für geraume Zeit gar nicht sehen. Während es früher eine voll-

